NEWSLETTER
KOSOVO

German Economic Team

Sebastian Staske, Felix Schwickert

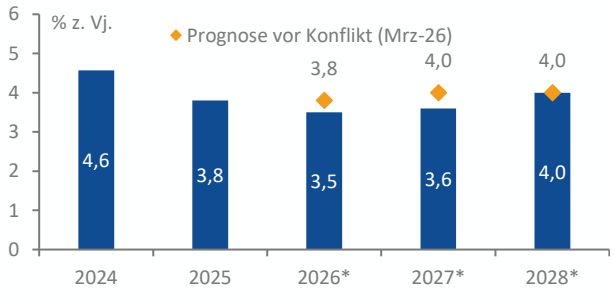
Kosovos Wirtschaft wächst trotz hoher Energiepreise kräftig

Kosovos Wirtschaft wächst kräftig, trotz eines erheblichen Ölpreisschocks infolge des Iran-Konflikts. Im ersten Halbjahr 2026 wuchs das reale BIP um 4,6%, vor allem dank starker Investitionen. Für das Gesamtjahr erwartet der IWF ein Wachstum von 3,5% und damit 0,3 Pp weniger als vor dem Konflikt prognostiziert. Deutlich stärker sind die Auswirkungen auf die Inflation, die 2026 durchschnittlich 6,8% erreichen dürfte. Das Leistungsbilanzdefizit blieb im ersten Halbjahr stabil, da geringere Nichtölimporte die höheren Ölimporte ausglichen. Für das Gesamtjahr wird jedoch eine Ausweitung auf 9,3% des BIP erwartet. Zugleich wird erwartet, dass das Haushaltsdefizit aufgrund höherer Ausgaben im Jahr 2026 steigt. Auch 2027 dürften die Auswirkungen des Iran-Konflikts noch zu spüren sein. Trotzdem zeigt die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung in einem herausfordernden Umfeld Kosovos Widerstandsfähigkeit gegenüber Schocks.

Investitionen treiben kräftiges Wachstum

Kosovos Wirtschaft wuchs 2025 um 3,8%, nach durchschnittlich rund 4% in den Vorjahren. Trotz des Iran-Konflikts setzte sich die kräftige Entwicklung im ersten Halbjahr 2026 mit einem realen BIP-Wachstum von 4,6% fort. Bislang ist im gesamtwirtschaftlichen Wachstum kein deutlicher negativer Effekt des Ölpreisschocks zu erkennen. Das spricht für die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber externen Belastungen.

Reales BIP-Wachstum



*Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von IWF (2026a, b); Anmerkung: *Prognose*

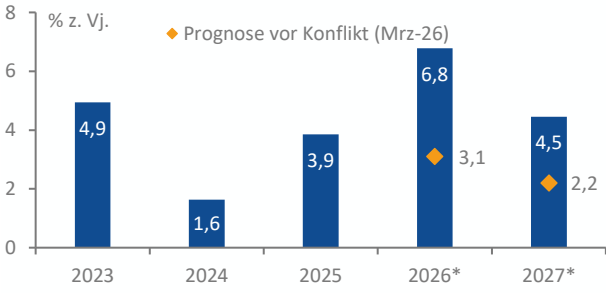
Wichtigster Wachstumstreiber waren 2025 und im ersten Halbjahr 2026 die Investitionen. Trotz gestiegener Zinsen blieben sie dynamisch, was auf anhaltendes Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Kosovo hindeutet. Auch der öffentliche Konsum trug stark zum Wachstum bei, entsprechend der expansiveren Finanzpolitik. Auf der Angebotsseite kamen die stärksten Impulse aus dem Dienstleistungssektor, insbesondere aus öffentlicher Verwaltung, Bildung, Finanzdienstleistungen und Handel. Das kräftige Wachstum des Baugewerbes unterstreicht die hohe Investitionstätigkeit.

Für das Gesamtjahr 2026 erwartet der IWF dennoch eine Abschwächung auf 3,5%. Das sind 0,3 Pp weniger als vor Ausbruch des Iran-Konflikts prognostiziert. Höhere Energiepreise belasten die Kaufkraft und dürften das Wachstum im weiteren Jahresverlauf dämpfen. Auch 2027 rechnet der IWF nur mit 3,6%. Erst 2028 dürfte das Wachstum wieder sein Potenzial von rund 4% erreichen. Der bislang robuste Verlauf schließt somit negative Auswirkungen des Konflikts auf die weitere Konjunktur nicht aus.

Inflation durch Ölpreisschock verstärkt

Deutlich sichtbar sind die Folgen des Konflikts bei den Verbraucherpreisen. Die Inflation steigt in Kosovo bereits seit Oktober 2024, vor allem aufgrund höherer Lebensmittelpreise. Im September 2026 erreichte sie 7,8%. Für das Gesamtjahr prognostiziert der IWF eine durchschnittliche Inflationsrate von 6,8% und damit deutlich mehr als die vor dem Konflikt erwarteten 3,1%.

Inflation



*Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von IWF (2026a, b); Anmerkung: *Prognose*

Kosovo ist hauptsächlich durch seine Ölimporte anfällig gegenüber Preisschocks infolge des Iran-Konflikts. Ölprodukte werden vollständig importiert und decken etwa ein Drittel des gesamten Energieangebots. Der Großteil des Energiebedarfs Kosovos wird durch heimische Braunkohle gedeckt. Die jüngste IWF-Annahme eines Anstiegs der Weltmarktpreise um 41% gegenüber 2025 verdeutlicht das Ausmaß des Schocks. Ausgehend von Ölimporten von 575 Mio. EUR im vergangenen Jahr würden die zusätzlichen Importkosten bei unveränderten Mengen rund 224 Mio. EUR beziehungsweise 2% des BIP betragen. Höhere Kraftstoffpreise wirken unmittelbar auf die Verbraucher und verteuern zugleich den Transport importierter Waren. Da Lebensmittel und Getränke rund ein Drittel des Warenkorbs ausmachen und

überwiegend importiert werden, ist dieser indirekte Effekt besonders relevant. Die Inflation schmälert die Kaufkraft und dürfte erst 2027 wieder nachlassen.

Leichte Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits

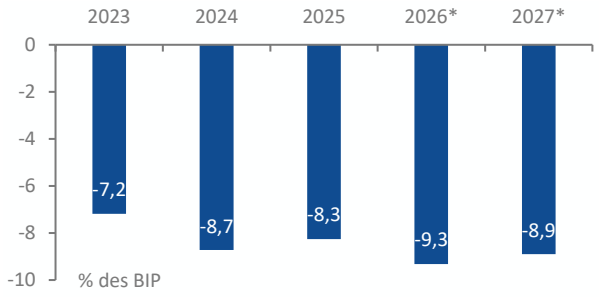
Trotz des Ölpreisschocks blieb das Leistungsbilanzdefizit im ersten Halbjahr 2026 weitgehend stabil. Zwar stiegen die Ausgaben für Ölimporte deutlich. Die höheren Ausgaben für Ölimporte wurden jedoch durch geringere Importe anderer Waren ausgeglichen: Da Haushalte mehr für Kraftstoffe ausgeben müssen, bleibt ihnen weniger Geld für andere, insbesondere nicht lebensnotwendige, Waren. Somit veränderte sich vor allem die Zusammensetzung der Warenimporte, während deren Gesamtwert weitgehend stabil blieb.

Zusätzliche Entlastung bietet der Dienstleistungshandel. Im ersten Halbjahr 2026 weitete sich der Überschuss gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,7 Pp auf 17,3% des BIP aus. Hauptstütze ist weiterhin der Tourismus, der rund 70% der jährlichen Dienstleistungsexporte ausmacht, wobei die Hauptsaison des Diasporatourismus im dritten Quartal liegt. Zusätzlich wachsen die Exporte von Transport- und IKT-Dienstleistungen kräftig, wenn auch von niedrigerer Basis. Dies verbreitert die Exportbasis über den Tourismus hinaus.

Auch Rücküberweisungen stützen die Leistungsbilanz und die Einkommen der Haushalte. Sie beliefen sich im ersten Halbjahr 2026 auf 17,4% des BIP und gingen damit nur leicht zurück.

Die Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen bleiben hoch und tragen zur Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits bei. Sie konzentrieren sich jedoch stark auf Immobilien (2025: rund 70%), sodass eine stärkere Diversifizierung in Industriesektoren wichtig bleibt.

Leistungsbilanz



*Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von IWF (2026a, b); Anmerkung: *Prognose*

Ungeachtet der stabilen Entwicklung im ersten Halbjahr wird für 2026 eine Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits auf 9,3% des BIP prognostiziert, was 1,0 Pp über dem Wert des Vorjahres liegt. Auch 2027 dürfte es mit 8,9% hoch bleiben. Das strukturell hohe Leistungsbilanzdefizit bleibt damit eine Schwachstelle. Das große Defizit im Warenhandel wird durch den Überschuss im Dienstleistungshandel und Rücküberweisungen nur teilweise ausgeglichen. Zugleich birgt die starke Abhängigkeit der Dienstleistungsexporte vom Diasporatourismus zusätzliche Risiken.

Anstieg des Haushaltsdefizits

In den Jahren 2023 bis 2025 verzeichnete Kosovo nahezu ausgeglichene öffentliche Haushalte. Höhere Ausgaben wurden durch steigende Einnahmen, unter anderem infolge der Formalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten, weitgehend ausgeglichen. 2025 betrug das Defizit lediglich 0,7% des BIP. Für 2026 erwartet der IWF einen deutlichen Anstieg auf 2,4%; auch 2027 dürfte das Defizit erhöht bleiben. Allerdings geht das Finanzministerium von einem deutlich geringeren Defizit aus.

Ausschlaggebend für den Anstieg sind höhere Löhne im öffentlichen Dienst sowie steigende Ausgaben für Renten und Sozialtransfers. Anders als in den Vorjahren wird erwartet, dass die Ausgabensteigerungen im Jahr 2026 nicht mehr vollständig durch Mehreinnahmen ausgeglichen werden können. Die expansivere Finanzpolitik stützt kurzfristig die Nachfrage und erklärt einen Teil des kräftigen öffentlichen Konsums im ersten Halbjahr. Gleichzeitig steigen die dauerhaften Ausgabenverpflichtungen. Daher kommt es darauf an, Haushaltsdisziplin zu wahren und öffentliche Investitionen wirksamer umzusetzen.

Ausblick

Kosovos Wirtschaft hat sich bislang widerstandsfähig gezeigt: Trotz erheblich höherer Ölpreise blieb das Wachstum im ersten Halbjahr kräftig, getragen insbesondere von Investitionen. Auch die Leistungsbilanz blieb bisher stabil, da höhere Ausgaben für Ölimporte durch geringere Importe anderer Waren ausgeglichen wurden. Die Inflation ist zwar deutlich gestiegen und die Auswirkungen des Iran-Konflikts dürften auch 2027 noch zu spüren sein. Trotzdem belegt die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung in einem herausfordernden Umfeld die Widerstandsfähigkeit Kosovos gegenüber Schocks.

Dieser Newsletter basiert auf der zwölften Ausgabe unseres Wirtschaftsausblick Kosovo.

Herausgeber
Dr. Ricardo Giucci
German Economic Team
www.german-economic-team.com

Quellen- und Urheberangaben
www.german-economic-team.com/newsletter

Finanziert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), berät das German Economic Team (GET) die Regierungen der Länder Ukraine, Belarus*, Moldau, Kosovo, Armenien, Georgien* und Usbekistan zu wirtschaftspolitischen Fragen. Mit der Durchführung der Beratung wurde Berlin Economics betraut.
**In Belarus und Georgien findet aktuell keine Beratung statt.*

Durchgeführt von
BE Berlin Economics GmbH
Schillerstraße 59 | 10627 Berlin
+49 30 / 20 61 34 64–0
Kontakt | Impressum | Datenschutz